

ORGAN FÜR DIE INTERESSEN DER LITHOGRAPHEN · CHEMIGRAPHEN · STEINLICHT · KUPFER · WACHSTUCH · U. TAPETENDRUCKER · UND · VERWANDTEN · BERUFE ·

Abonnement.

Die Graphische Presse erscheint wöchentlich Freitags. Abonnementspreis: 1 Mk. inkl. Zustellung pro Quartal. Zu beziehen durch alle Buchhandlungen und Postanstalten. (Post-Zig.-Kat. No. 3573.) Für die Länder des Weltpostvereins Mk. 1,25.

Redaktion:

Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastraße 8.
Verlag: Otto Sillier, Berlin N. 28, Anklamerstr. 27.1.
Druck und Expedition: Conrad Müller, Schekeuditz.
Redaktionsschluss: Sonnabend.

Insertion.

Für die dreispaltige Pettizeile oder deren Raum 30 Pf., bei Wiederholung Rabatt. Für Vereinsmitglieder sowie Vereinsanzeigen 15 Pf. pro Zeile. Beilagen nach Uebereinkunft.

Bekanntmachungen.

Zur gefl. Beachtung.

Alle den **Verband betreffenden Angelegenheiten** (Mittelungen über Differenzen, Lohnbewegungen, Sperren und Streiks, sowie Adressenänderungen usw.) sind zu richten an **Otto Sillier**.

Alle **Kassenangelegenheiten** an **Wilh. Brall**.

Alle den **Senfelder-Bund in Liquidation betreffenden Fragen** an **Paul Lange**.

Adresse für die drei Genannten: **Berlin N. 28, Anklamerstr. 27.1.**

Alle **Artikel**, Korrespondenzen, Versammlungs-Berichte, Tauschexemplare sind einzusenden an die **Redaktion: Paul Barthel, Friedrichshagen-Berlin, Viktoriastr. 8.**

Alle **Annoncen** und Aenderungen über die Zustellung der Graphischen Presse nimmt entgegen die **Expedition: Conrad Müller, Schekeuditz-Leipzig, Augustastr.**

Alle **Beschwerden** über Redaktion und Inhalt der Graphischen Presse sind stets unter näherer Begründung zu überweisen an die **Präkommission, z. H. Artur Haring, L.-Anger, Robbachstr. 3111. Der Hauptvorstand.**

Lohnbewegungen.

Düsseldorf. In Firma Graf & Lindner

wurde die Arbeitszeit für Lithographen von 9 auf 8 Stunden verkürzt. **Kottbus.** In Firma Stiffel & Co. wurde die Arbeitszeit von 9 $\frac{1}{2}$ auf 9 Stunden verkürzt.

Zur Auskunftserteilung.

Bei jedem Stellungswechsel, auch nach dem Ausland, sind nach § 29, Abs. 1 des Statuts **vorher** Erkundigungen einzuziehen, sonst keine Unterstützung. Zu diesem Zwecke ist eine **vorge-druckte Fragekarte zu benutzen**, die von den Mitgliedschaftsvorständen zu beziehen ist. Die Auskunftserteiler sind angewiesen, nur solchen Kollegen Antwort zu geben, die diese Fragekarte verwendet haben.

Die Auskunftserteiler haben diese Anfragen mit den Auskunfts-karten **sofort** zu beantworten. Die Auskunfts-karte dient nur zur Auskunft und darf an andere nicht weitergegeben werden.

Die Unterstützungs-Auszahler haben **alle** statutarischen **Unterstützungen**, gleichviel welcher Art, sofort in das Mitgliedsbuch einzutragen und ohne Vorlegung eines solchen sowie der Auskunfts- und der Reisekarte etc. keine Unterstützungen auszuführen.

Es wird dringend darauf aufmerksam gemacht, daß die Auszahlung von

Unterstützungen, Auskunfts-Erteilung, Arbeitsvermittlung usw. nur während der im Adressen-Verzeichnis angegebenen Zeit durch die dort verzeichneten Kollegen erfolgen darf. **Alles Aufsuchen der betreffenden Verwaltungsmitglieder in den Geschäften ist unbedingt zu unterlassen.**

Der Hauptvorstand.

Gesperrt.

Für Lithographen und Steindrucker:

Barmen. C. Blanke.
Berlin. Der gegnerische Arbeitsnachweis bei S. Herrmann.

Firma Angerer (für Kupferdrucker).

Bielefeld. Gundlach.

Neu-Ruppin. Oehmigke & Riemen-

schneider.

Für Chemigraphen:

Berlin. Edm. Gaillard; Graphische Gesellschaft; W. Greve; Rapid, G. m. b. H., Thedran & Kraushaar; Paul Schahl, Illustrations-Zentrale; Baudouin.

Chemnitz. A. Jilich.

Dresden u. Leipzig. Mejo & Markert.

Stuttgart. Gebr. Rößle.

Stellungnahme in allen vorgenannten Firmen zieht den Verlust der Mitgliedschaft nach sich.

Im Ausland:

Belgien: Brüssel. I. L. Hoffert, (Lith. u. Steindr.).

Verviers. (Lith. u. Steindr.).

Holland: Krommenie. Verwers Firmis- u. Metalldruckerei.

Rotterdam. „Modern“.

Oesterreich: Graz. A. Matthey's Erben.

Innsbruck. Graphische Kunstanstalt

Max Schammler.

Prag. Firma Neubert (Lichtdr.).

Teplitz. Jaroslav Holub, (Lith. Anstalt).

Triest.

Rumänien: Bukarest. I. A. Tărăn

und St. Smiradan.

Schweiz: Ermatingen (Kanton Thurgau).

Vor Stellungannahme in der Firma Sauter wird der traurigen Verhältnisse wegen gewarnt.

Tarifant für Deutschlands Chemigr. u. Kupferdr.

In das Verzeichnis der tariffreien Anstalten ist nachzutragen die Firma: **Otto Flebbe in Hannover.**

Berlin, den 25. März 1908.

gez. **Georg W. Büxenstein,** Prinz-Vors.
gez. **Alb. Hehr,** Geh.-Vors.

Inhalt:

Hauptblatt: Bekanntmachungen. — Waffenstillstand im Baugewerbe. — Rundschau. — Wohlfahrts-einrichtungen, I. — Das Reichsvereinsgesetz. — Die Bedeutung der Organisation. — Vermischtes. — Anzeigen.

Beilage: Allgemeines: Die Berichterstattung über München. Brief aus Frankfurt a. M. Brief aus Innsbruck. Brief aus Selb i. B. Ortsberichte: Frankfurt a. M., Saalfeld, Weiden. — **Der Lithograph:** Deutscher Lithographen-Bund. Krisenerschneidungen in der Lithographie, IV. Aus den Sektionen: Leipzig. — **Der Steindrucker:** Aus den Sektionen: München. — **Die photomech. Fächer:** Achtung, Lichtdrucker! Nur unorganisierte Arbeiter. Aus den Sektionen: Berlin (Lichtdr.). — **Die Tapetenbranche:** Bekanntmachung.

Waffenstillstand im Baugewerbe.

Die schweren Kämpfe, die dem gesamten Baugewerbe für den Anfang des Monats April drohten, sind vorläufig von ihm abgewandt worden. In der Zeit vom 25. bis 27. März fanden zwischen dem Vorstände des Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe und je vier Vorstandsvertretern der Zentralverbände der Maurer, Zimmerer und Bauhilfsarbeiter unter Leitung der Vorsitzenden des Berliner und Münchener Gewerbegerichts v. Schulz und Dr. Brenner und des Beigeordneten Dr. Wiefeld-Essen im Berliner Gewerbegericht Verhandlungen statt, die zu einem vorläufigen Waffenstillstand führten. Als Grundlage für die Verhandlungen diente der vom Arbeitgeberbund aufgestellte sogenannte »Mustertarif«, der durch den energischen Einspruch der Arbeitervertreter in den die Interessen der Arbeiterschaft gefährdenden Bestimmungen eine starke Abschwächung oder völlige Umänderung erfuhr. Der aus den gemeinsamen Beratungen hervorgegangene neue Mustertarif soll als Grundlage für die am 1. April in München, am 6. April in Essen (für Rheinland-Westfalen), am 9. April in Berlin

und am 13. April in Frankfurt a. M. (für Mitteldeutschland) stattfindenden erneuten Beratungen über die Einzeltarife dienen. Gelangen diese Verhandlungen, die sich besonders auf die örtlichen Lohnsätze usw. beziehen werden, zu einem befriedigenden Abschluß, dann ist der Frieden für eine neue Tarifperiode gesichert. Gelingt dieser Abschluß nicht, dann wird nach dem bis zur Beendigung der örtlichen Verhandlungen festgesetzten Waffenstillstand doch noch der schwere Kampf ausbrechen, den die Arbeiter nicht wollen, für den die in Frage kommenden Organisationen aber, wenn die Unternehmer noch den Streit vom Zaune brechen, wohl gerüstet sind.

Da die Vorgeschichte der gegenwärtigen Tariferneuerung als ein Schulbeispiel dafür gelten kann, in welcher scharfmacherischen, anmaßenden Weise die Unternehmer aufzutreten und zu diktieren wagen, wenn sie glauben, die Zeit und die Konjunktur seien ihnen günstig, wollen wir uns mit der Tarifbewegung im Baugewerbe einmal etwas eingehender befassen.

Tarifvereinbarungen im modernen Sinne existieren im Baugewerbe seit dem Jahre 1899, das einen Tarifabschluß für Berlin brachte, dem bald weitere Abschlüsse für eine Reihe anderer Orte folgten. Sie erstreckten sich nur auf einzelne Orte und deren nächste Umgebung. Erst in den Jahren 1904 und 1905 wurden auch, teilweise an Stelle verschiedener Ortstarife, Vereinbarungen für weitere Bezirke abgeschlossen, und zwar hauptsächlich für die größere Umgebung der Städte Breslau und Dresden sowie für die Industriegebiete an der Ruhr, am Main und in Oberschlesien. Durch diese Erweiterung des Geltungsbereichs bezweckten die Unternehmer zunächst einen gewissen Ausgleich der Verhältnisse zur Unterbindung der Schmutzkonkurrenz, womit die Arbeiter, auf welche die Folgen dieser Schmutzkonkurrenz durch die

Unternehmer abzuwälzen versucht werden, nur einverstanden sein konnten, umso mehr, als sich diese Ausdehnung vielfach auf Gegenden erstreckte, in denen die Organisationen noch sehr schwach und daher machtlos waren. Durch ihre Machtentfaltung in den Zentralpunkten gelang es ihnen also, vermittels erweiterter Tarifabschlüsse auch der Arbeiterschaft zurückgebliebener Orte und Distrikte bessere Verhältnisse zu schaffen.

Ein Teil der Unternehmer auch des Baugewerbes wollte selbstverständlich von Tarifvereinbarungen lange Zeit nichts wissen, weil er in ihnen eine Gefährdung seines Standpunktes vom »Herrn im Hause« erblickte. Diese Scharfmacher gruppierten sich um den aussperrungslüsternden Baurat Felisch, dem die im Abschluß von Tarifen liegende Anerkennung des Mitbestimmungsrechtes der Arbeiter über die Lohn- und Arbeitsbedingungen ebenso ein Greuel war wie die Anerkennung der Gewerkschaften überhaupt. Er war daher stark verbittert, als 1899 die Berliner Unternehmer entgegen seinem Rat, die Arbeiter durch eine große, allgemeine Aussperrung kirre zu machen, es vorzogen, sich durch einen Tarifvertrag mit den Arbeitern zu einigen. Der Vorsitzende des »Mitteldeutschen Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe«, Herr Lüscher in Frankfurt a. M., war es, der durch eine »geniale Idee« diese Tarifgenossenschaft des Herrn Felisch und seines Vorstandes des »Deutsch. Arbeitgeberbundes für das Baugewerbe« in das Gegenteil zu verwandeln vermochte.

Diese »geniale Idee« bestand darin, daß z. B. bei einem Lohnkampf der Heidelberger Maurer im Herbst 1905 die Unternehmer durch Herrn Lüscher zum Nachgeben veranlaßt, dann aber der Heidelberger Bezirk in das Geltungsgebiet des Tarifvertrages für den Maingau mit einbezogen wurde. Durch diese Vergrößerung hoffte Herr Lüscher, nach Ablauf der Tarif-

periode durch die Androhung einer allgemeinen Aussperrung für das ganze Tarifgebiet das Heft in den Händen behalten und die Arbeiter einschüchtern, seinen Wünschen gefügig machen und Tarifverschlechterungen spielend durchsetzen zu können. Wenn der frühere Sekretär des Verbandes Berliner Baugeschäfte, Schmelzer, in seinem 1905 erschienenen Buch über »Tarifgemeinschaften« den »Deutschen Arbeitgeberbund« noch mit vollem Recht wie folgt charakterisieren konnte: »Von der hier bewiesenen kautschukartigen Stellung, die stellenweise nur eine heftige Bekämpfung (der Vertragsidee) verdecken sollte, ist der Bund noch nicht abgegangen, wenn er auch seinen Lokalverbänden erklärte, einen Druck nach der einen oder anderen Seite nicht mehr ausüben zu wollen«, — so trifft diese Kennzeichnung nach 1905 nicht mehr zu. Die »geniale Idee« hatte Herr Felisch und Genossen zu begeisterten Anhängern von Tarifen, und zwar von Vereinbarungen für möglichst große Gebiete, gemacht.

Die »Idee« sollte bis zu ihren letzten Konsequenzen in die Praxis umgesetzt werden. Daher empfahl man auf der vorjährigen Tagung des Unternehmerbundes (deren geheimes Protokoll dem Organ des Maurerverbandes auf den Redaktionstisch flog und von diesem veröffentlicht wurde, wodurch sich die scharfmacherischen Pläne der Unternehmer in bengalischer Beleuchtung zeigten), die Ablaufzeiten für die verschiedenen Tarife in den verschiedenen Bezirken möglichst einheitlich festzusetzen, um den Umfang einer eventuellen Aussperrung zu erweitern und damit den Druck auf die Arbeiterorganisationen zu erhöhen, ihre Nachgiebigkeit zu erzwingen. Auf diese Weise hoffte man trotz Tarifvereinbarung einfach die Lohn- und Arbeitsbedingungen diktieren und »Herr im Hause« bleiben zu können.

Die Probe auf's Exempel sollte bereits in diesem Jahre gemacht werden, an dessen 31. März in verschiedenen großen Bezirken die Verträge abliefen. Man verfaßte den eingangs erwähnten »Mustertarif« und verlangte seine bedingungslose Anerkennung durch die Arbeiter. Man ordnete ferner an, daß die »Verhandlungen« über die neuen Tarife bis zum 15. Februar zu beenden wären und berief in der sicheren Voraussicht, daß die Arbeiterorganisationen nicht wagen würden, wider den Stachel zu löken, die ordentliche Generalversammlung des Unternehmerbundes schon für den 17. und 18. Februar nach Hannover ein. Aber man hatte die Rechnung ohne den Wirt gemacht. Die Arbeiter piffen auf die Anordnung und auf den »Mustertarif«. Sie hielten fest an ihrem Mitbestimmungsrecht über die Lohn- und Arbeitsbedingungen, der Vorbedingung für einen Tarifvertrag. Weil aber die Unternehmer diesen Vertrag (zu dem doch eigentlich zwei gehören!) unbedingt allein festsetzen wollten, kamen die »Verhandlungen« in Dresden, Frankfurt a. M. usw. im März zum Scheitern.

Durch die entschiedene Stellungnahme der Arbeiter, die sich durch keine Drohung einschüchtern ließen, sondern ruhig und bestimmt ihr Recht vertraten, sahen sich die Scharfmacher des Unternehmerbundes gezwungen, mit den Zentralen der Arbeiterverbände doch in Verbindung zu treten, und dem züchtlischen und diplomatischen Auftreten der Arbeitervertreter ist es, wie eingangs erwähnt wurde, gelungen, den »Mustertarif« im Sinne der Arbeiter zu modifizieren und ihn zu einem wirklichen Vertrag zu machen. Er wird die Basis für die Bezirkstarife bilden, die aller Voraussicht nach aus den neuen örtlichen Verhandlungen hervorgehen werden, wodurch der Frieden im Baugewerbe auf 2 Jahre gesichert wäre.

Die Pläne der baugewerblichen Scharfmacher, die »gewerblichen Friedensverträge«, wie die Tarife einmal genannt worden sind, zu einem Kampfmittel zu machen, wurden also durch den Umstand, daß ihnen die Arbeiterorganisationen gerüstet gegenüberzutreten vermochten, zunichte gemacht. Das wird den Verbänden auch in Zukunft möglich sein, wenn sie die Tarifaufbau zur intensivsten Agitationsarbeit, zielbewußten

Schulung der Mitglieder und Stärkung des Kriegsfonds ausnutzen. Sie werden dann auch keinen Grund zu irgendwelcher Besorgnis haben, wenn an Stelle der verschiedenen Bezirkstarife ein allgemeiner Zentraltarif treten sollte. Ihre Stärke bürgt ihnen dafür, daß sich die Unternehmer die allgemeine Aussperrung zur Erzwingung ihrer Pläne erst doppelt und dreifach überlegen, und wenn sie sie trotzdem wagen, nur erneut die Erfahrung machen müssen, daß sie ihrem Ziel auch nicht um ein Jota näher gekommen sind und keine Arbeiterorganisation durch Aussperrungen von ihrem Wege abgedrängt oder gar vernichtet werden kann.

Rundschau.

Im Solnhofener Lithographiesteinbruchgebiet, wo die schlechtbezahlten und schlechtbehandelten Arbeiter jetzt endlich aufzuwachen beginnen, fand unlängst die Generalversammlung der Ortskrankenkasse statt. In der Debatte ergriff der Kassenarzt Dr. Krefß das Wort, wobei er u. a. auf die Frage der Organisation zu sprechen kam und besonders scharf jene Elemente geißelte, die andere kämpfen lassen, ihren kämpfenden Kollegen in den Rücken fallen und, wenn der Sieg auf die Seite der letzteren fällt, sich dennoch an dem Genuße des Errungenen beteiligen. Für keinen Stand halte er die Organisation so sehr für nötig, als gerade für den Arbeiterstand. Von unorganisierten Arbeitern verspreche er sich wenig, sein Respekt vor solchen sei nicht sonderlich groß. Wegen dieser Ausführungen hat der Arzt jetzt eine Klage zu gewärtigen. Die Nichtorganisierten fühlen sich nämlich durch die Rede beleidigt und lassen eine Liste zirkulieren, auf der sich alle Arbeiter einzeichnen sollen. An der Spitze dieser Liste prangt merkwürdigerweise der Name des zweiten »Präsidenten« der christlichen Gewerkschaft, die er anscheinend so niedrig einschätzt, daß er sich als deren Vorstandsmitglied zu den Unorganisierten rechnet.

Der Reichsvereinsgesetzentwurf, wie er aus der Kommissionsberatung hervorgegangen ist, wird in einem Aufruf der Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands behandelt. Wir bringen ihn an anderer Stelle dieser Nummer und empfehlen ganz besonders die Aufforderung, unverzüglich in imponenten Versammlungen Stellung zu dem Entwurf zu nehmen, weitgehendster Beachtung.

Wie man liberaler Landtagsabgeordneter wird, plaudert ein liberales Blatt, die »Berliner Morgenpost«, in niedlicher Weise aus.

Die Zeitung schildert zunächst die Abhängigkeit der nationalliberalen Partei von ihren Geldgebern, den Herren der schweren Industrie, nach deren Pfeife die nationalliberalen Parlamentsvertreter tanzen sollen. Die »Rheinisch-Westfälische Zeitung«, das Sprachrohr der Kohlenmagnaten und Schlotbarone, drohte erst kürzlich wieder mit der Entziehung der Geldzuwendungen an die Partei, falls die Parteiführer die Interessen des Kohlenwuchers und der Stahlverfeuerung nicht ebenso eifrig vertreten wie die aus den Kreisen des Großkapitals selbst hervorgegangenen oder im Dienste der Unternehmerverbände stehenden, von ihnen als Generalsekretäre usw. angestellten Abgeordneten.

Aber in den beiden freisinnigen Gruppen soll es nach dem freisinnigen Berliner Blatt durchaus nicht anders stehen: »Die Freisinnigen bekommen ihr »Pulver« teils von den Banken, teils von der Börse und teils von gewissen Industrien, die sich durch das Wirtschaftssystem der Regierung ständig bedroht sehen und bei dem Freisinn einen berechtigten Schutz zu finden hoffen. . . . Diesen gegenüber befinden sich die Parteilösungen in einer beschämenden Abhängigkeit, umso unabhängiger freilich stehen sie den Organisationen gegenüber, in denen die kleinen Leute und hargen Geldgeber zwar das große Wort, aber keinen Einfluß haben. . . . Demgemäß richtet sich auch die Politik der Partei ganz nach den Wünschen dieser Geldgeber, deren Interessen man zunächst vertritt, weil sie berechtigt waren, die man aber dann allen anderen politischen Rücksichten voranstellen mußte, um die Geldgeber bei Laune zu erhalten.«

Daraus erklärt sich die jetzige politische Haltung der Freisinnigen: »Sie sehen wohl jetzt durchweg ein, daß der Block unhalbar ist, aber sie müssen still halten, weil sie durch Gefährdung des Börsengesetzes die Börse nicht verkürren dürfen. Andererseits müssen sie sich gegen jede Finanzreform stemmen, die auf Kosten des Tabaks, des Bieres und der Brantweinveredelungsindustrie gemacht wird, weil in diesen Industrien ihre freigiebigen Gönner sitzen.« So opfern sie ihr politisches Ansehen und, wenn es sein muß, auch den Sprachenparagrafen des Reichsvereinsgesetzes (was ja inzwischen in der Kommission auch bereits geschehen ist), — denn solche Opfer gehen nicht ans Leben, wenigstens nicht sofort, während das Versiegen der Geldquellen die ganze Partei mit einem Schlage auf's Trockene setzen würde.«

Von den Details, die die Morgenpost zum Beweise ihrer allgemeinen Andeutungen veröffentlicht, interessiert uns vor allen Dingen folgendes: »Vor einigen Jahren wurde von der freisinnig-volks-

parteilichen Leitung die Kandidatur eines Fabrikanten forciert, dessen ganze Verdienste um die »heilige Sache« in reichlichen Libationen für das chronisch nollende Parteiblatt und in der Adoption eines Parteivorstandsmitgliedes für den Aufsichtsrat einer Aktiengesellschaft bestanden hatte. Der Coup glückte, denn der Geldgeber hatte die Macht, aber bei aller Unterordnung unter diese Macht empfand man es trotzdem fast als eine Blasphemie, daß nun plötzlich in der charaktervollen »Partei« dieser Geldgeber als der wahre Volksmann und Kämpfer für Freiheit und Recht gepriesen wurde.«

Unsere Kollegen aber wird diese »Verhöhnung heiliger Dinge« als der Gipfel des Humors erscheinen, wenn wir ihnen verraten, daß der Fabrikant, der in der von der Morgenpost geschilderten Weise Landtagsabgeordneter wurde und der als »wahrer Volksmann« und »Kämpfer für Freiheit und Recht« gepriesen worden ist, kein anderer als der Mitinhaber der Weltfirma W. Hageberg, A.-G., Chromolithographische Kunstanstalt in Berlin und Vorsitzender des Schutzverbandes deutscher Stein-druckereibesitzer, Herr Dr. Hugo Gerschel sein kann.

Im übrigen können uns nur diejenigen Arbeiter leid tun, die sich immer noch in der Gefolgschaft einer Partei befinden, in der die Korruption in solcher Blüte steht.

Zum Parteitage in Nürnberg 1908 beachtlich die örtliche Parteilitung, eine offizielle Parteitagskarte (Ansichtskarte) herstellen zu lassen, auf der neben dem Parteitage selbst auch das im Jahre 1868 zu Nürnberg stattgefundenen 5. Vereinstages der deutschen Arbeitervereine gedacht werden soll. Zur Erlangung von Entwürfen erläßt der Sozialdemokratische Verein ein Preisausschreiben für die Arbeiter der in Frage kommenden Berufe Nürnbergs. Vorgesehen sind drei Preise von 50, 30 und 20 Mk. Das Preisgericht wird aus je einem Vertreter der Organisationen der Bildhauer, Maler und Lithographen, drei vom Vorstand des Sozialdemokratischen Vereins zu bestimmenden Genossen und einem Vorstandsmitglied selbst gebildet.

Wohlfahrtseinrichtungen.

Von Gust. Adolf.

I.

In einem Punkt treffen sich die Anschauungen aller Menschen, die über sozialpolitische Erscheinungen nachzudenken pflegen. Und zwar in der Arbeiterfrage. Je nachdem, welche Stellung sie in der Gesellschaft einnehmen, wird auch die Antwort ausfallen. Doch daß sie die wichtigste, brennendste Frage ist, darüber gibt es nur eine Meinung. Brennd für die Arbeiterschaft selbst, wenn sie ungestüm vorwärts drängt, um ihre wirtschaftliche und politische Gleichberechtigung zu erringen. Brennd für die Kapitalisten und die kapitalistisch interessierten Kreise, wenn sie sich in ihrer bevorrechteten Sonderstellung bedroht sehen.

Zwei Wege bleiben der kapitalistisch interessierten Klasse als Mittel, den Kampf gegen die organisierte Arbeiterschaft zu führen: Einmal die rücksichtsloseste Bekämpfung jeder freiheitlichen Bestrebung der Arbeiter, oder andernfalls die schrittweise Erfüllung der unabweisbarsten Arbeiterforderungen, um die Arbeiterschaft von weitergehenden Forderungen abzulenken. Zwischen diesen beiden Abwehrmitteln der herrschenden Klasse bevorzugen viele Kapitalisten ein Kampfmittel, das nicht so ehrlich ist, als die beiden eben benannten, das scheinbar den Wünschen der Arbeiter vollauf Rechnung trägt und doch in seiner Konsequenz nur scharfmacherische Allüren heuchlerisch verdecken soll.

Wohlfahrtseinrichtungen heißt das Zauberwort. Es ist kein Zufall, daß eine ganze Reihe derjenigen Unternehmer, die in ihren Betrieben die glänzendsten Wohlfahrtseinrichtungen geschaffen haben, in ihrem sonstigen Verhalten zu den schlimmsten, brutalsten Scharfmachern zählen. Diese sind es vielfach, die jede selbständige Regung, jede gewerkschaftliche und politische Betätigung ihrer Arbeiter mit glühendstem Haß verfolgen. Und so, wie diese einzelnen ihre Arbeiter immer wieder auf die Nutzlosigkeit jeder Arbeiterbewegung hinzuweisen suchen, so verfolgen die Arbeitgeber mit den Wohlfahrtseinrichtungen insgesamt den Zweck, jede gesetzgeberische Tätigkeit für die Interessen der Arbeiter als überflüssig erscheinen zu lassen.

Erreichen die Unternehmer mit solchen Mitteln niemals die Vernichtung der verhaßten Gewerkschaftsbewegung, so können wir doch ehrlich gestehen, daß unsere organisatorische Tätigkeit durch derartige Machenschaften ganz bedeutend gehemmt wird. Ein gewaltiges Stückchen Aufklärungsarbeit muß geleistet werden, um unsere Arbeitsbrüder zu überzeugen, daß fast alle sogenannte Wohltätigkeit der Unternehmer nur im ureigensten Interesse der Unternehmer selbst liegt. Und alle vermeintlichen Vorteile für die Arbeiter wiegen nicht im entferntesten die Nachteile auf. Das Gefährliche liegt gerade darin, daß derartige Einrichtungen die denkwürdigen Ausgebeuteten über ihre Klassenlage hinwegtäuschen. So sehen die Aermsten in ihrer Verblendung in dem heuchlerischen Unternehmer ihren Freund und Beschützer und in dem aufgeklärten Kollegen ihren Feind. Stehen aber die Verhältnisse unter den Arbeitern so, dann mag der Unternehmer ruhig schlafen. Solche untereinander verfeindete Arbeiter können seinen Profit nicht bedrohen.

Eine Eigenart ist den meisten Wohlfahrtseinrichtungen gemeinsam und kennzeichnet die Absicht am schärfsten. Es ist der Umstand, daß in den weitaus meisten Fällen der Unternehmer oder dessen Vertreter die alleinige, endgültige Entscheidung über die Verwendung der Wohlfahrtseinrichtungen hat. Geradezu widerlich wird der Humbung, wenn der Unternehmer sich bemüht, dem ganzen Arbeitsverhältnis einen patriarchalischen Anstrich zu geben. Eine Herde treuer Schafe, die Angestellten, und über dem Ganzen, als ein am alle besorgter Hirte, der — Unternehmer. Und die Not macht die Arbeiter unempfindlich gegen die Beleidigung, die in dieser Art Bevormundung liegt. Oder sie zwingt sie, ihren Ekel herunterzuwürgen.

Gerade das will aber der Unternehmer. Er selbst gehört fast stets einer starken Unternehmerorganisation an. Für seine Arbeiter darf er so etwas nicht dulden. Und das raffinierte System patriarchalischer Bevormundung hindert ganz von selbst die Erkenntnis der Notwendigkeit gewerkschaftlicher Organisation.

Gewerkschafts-Organisation und Wohltätigkeit passen aber auch gar nicht zusammen. Dort werden Männer verlangt, die sich ihrer Menschenwürde bewußt sind, die bewußt sich selbst in Gegensatz stellen zum Kapitalisten, zum Unternehmer, die nicht Geschenke und Wohltätigkeit wünschen, sondern die ihr Recht energisch verlangen. — Und hier? Armselige Kinder, die zitternd und zagend im günstigen Falle etwas erbetteln dürfen, sonst aber belohnt oder bestraft werden, ganz wie es die Laune des Arbeitgeber-Vaters zuläßt.

Die »Neue Photographische Gesellschaft« in Sieglitz bei Berlin hat Wohltätigkeitseinrichtungen getroffen, die wohl kaum noch überboten werden können. Will man davon erzählen, so weiß man kaum, wo man anfangen soll, so mannigfaltig zeigt sich das Bild »wahrer« Wohltätigkeit. Fast scheint es, als hätte die Fabrikleitung Tag und Nacht nur Sorge um das Wohlergehen ihrer mehr als 1000 Angestellten.

Da dachte man an diejenigen, die 5 Jahre der Firma treu gedient haben. Ihnen war eine Lebensversicherungspolice über 1000 Mk. zu teil. Wer aber gar 10 Jahre dort ausgehalten hat, dem schenkt man ein — Sparkassenbuch mit 50 Mk. Beides wird von der Firma dem Angestellten verwahrt und verwaltet. So weiß der Glückliche seinen kaum verdienten Schatz in sicherer Hut — und die Firma jederzeit, was der Arbeiter — gespart hat. Wenn auch die Löhne nicht hoch sind, so gestattet doch die »reiche« Weihnachtsbescherung, daß man sparen kann.

Diese Weihnachtsbescherung! — Man muß sie gesehen, mitternachts haben, um den »Jubel« und die Begeisterung« zu fassen, die dabei zutage trat. Pardon! es ist abends, und zwar nach Feierabend, die die Bescherung stattfindet. Eine schöne Bescherung! Im Kinosaal, groß genug um alle Angestellten nebeneinander gestellt zu fassen, erwarten schon einige Arbeiter, mit langen Stangen ausgerüstet, die hoffende Schaar. Diese Stangen, groß wie Wegweiser, gleichen diesen auch darin, daß sie den verschiedenen Branchen den Platz anweisen. Sie sehen durchaus nicht schön aus. Bewahre! Aber notwendig sind sie. — Weihevoll wird die Feier durch Gesang des gemischten Fabrikchors eröffnet. Einige Unreinheiten darf man wohl auf die feierliche Aufregung zurückführen. Dann eine kurze Ansprache und Aufzählung der extra Bedachten, 5- und 10jährig Beschäftigten. Und dann die Verteilung der Geschenke, von 5 Mk. an aufwärts steigend, je nach Beschäftigungsdauer und je nach der Charge. Auch Gehaltszulage gibt es im allgemeinen zu Weihnachten. Nicht für alle! Nur ein größerer Teil wird damit bedacht. Wenn dann der Schlußgesang einsetzt, sieht man manche langen Gesichter; nicht wegen des Gesanges, nein, nur wegen der Zulage, die sich absolut nicht finden will.

Neben dieser unvergesslichen Weihnachtsfeier ist in anderer Weise für die Beschäftigten gedacht. Da finden im Kinosaal Vorträge (z. B. »Ueber unsere Flotte«), »Kunstabende« unter Mitwirkung des Fabrikchors etc. statt. Dann sehen wir eine freiwillige Fabrikfeuerwehr mit Feuerwache und allem Zubehör. Da ist ein Fabrikruferklub, da ist eine Kaskinoküche, die billiges Mittagessen bietet, und so manches andere.

Darf man sich da wundern, wenn angesichts solcher Einrichtungen die Direktion nicht mit Arbeiterorganisationen verhandeln will?

Ist es demgegenüber der Rede wert, wenn Strafen für Zuspätkommen eingeführt, wenn eine Reihe von Stechuhren vorhanden sind, wenn niemand ohne Erlaubnis in den Betrieb verlassen darf? Diese und andere Kleinigkeiten sollte man doch gar nicht erwähnen!

Wir haben diese Firma nicht nur deshalb herausgegriffen, weil in ihr die weitgehendste »Wohltätigkeit« geübt wird, sondern vor allem, weil sich gerade hier zeigt, wie ungemein schwierig unter solchen Verhältnissen sich die gewerkschaftliche Arbeit gestaltet. Selbst Berufe, die allgemein stark organisiert sind, kommen hier nur langsam vorwärts. Hinzu kommt, daß es sich um ein Unternehmen handelt, das auch eventl. Kämpfe mit seinen Arbeitern durch seine Kapitalkraft aushalten, daß im Notfall namhafte Verluste tragen kann, nur um sich von seinem Renommee nichts nehmen zu lassen;

Ein Moment mehr für die dort Beschäftigten, sich desto fester an die Arbeitsstelle zu klammern.

So hübsch die geschilderten Wohltätigkeitseinrichtungen der N. P. G. dem Urteilsspruch erscheinen mögen, der ernsthafte, nachdenkende Arbeiter muß bald das Ganze als Spielerei erkennen. Nur der Umstand, daß für die Mehrzahl der dort tätigen Arbeiter und Arbeiterinnen eine starke Gewerkschaftsorganisation nicht existiert, sichert der Firma noch längere Zeit jenen Heiligenschein. Niedrige Löhne, Unduldsamkeit gegen jede selbständige Regung der Arbeiter, strenge Kontrolle usw., das alles hat vielen schon die Augen geöffnet. Gerade die Tatsache, daß jede Versammlung der Angestellten durch feile Spitzel bewacht wird, zeigt uns die Wohlfahrtsspielerei rein als Mittel zum Zweck.

Das Reichsvereinsgesetz.

Von C. Legien.

»Namens der »Generalkommission der Gewerkschaften Deutschlands« erläßt deren Vorsitzender Legien folgenden Aufruf:)

Die Kommission zur Beratung des dem Reichstage vorgelegten Entwurfes eines Reichsvereinsgesetzes hat ihre Arbeiten beendet. Es ist nunmehr nur noch der Bericht in der Kommission festzustellen und dann gelangt der Entwurf in der von der Kommission beschlossenen Fassung zur zweiten Beratung an das Plenum des Reichstages.

Alle Bemühungen der Vertreter der Arbeiterklasse, dem Gesetze eine den Zeitverhältnissen entsprechende Fassung zu geben, waren vergeblich. Die Mehrheit der Kommission hat nicht nur die in der ersten Beratung gefaßten Beschlüsse, die das Vereins- und Versammlungswesen zu hemmen geeignet sind, nicht verbessert, sondern sie noch wesentlich verschlechtert. Ja, die Kommissionsmehrheit hat sich unter Führung der Freisinnigen noch reaktionärer gezeigt, als die preußische Regierung. Die Regierung erklärte, daß man darauf verzichten könne, besondere Beschränkungen bezüglich der Teilnahme von Jugendlichen an Vereinen und Versammlungen zu schaffen. Der Regierungsentwurf enthielt auch keine derartige Bestimmung. Die Kommissionsmehrheit aber hat durch den § 10a den Personen unter 18 Jahren die Teilnahme an politischen Vereinen und Versammlungen untersagt. Selbst in Preußen gab es bisher ein solches Verbot nicht, den Schülern und Lehrlingen war nur die Mitgliedschaft in politischen Vereinen verboten, nicht aber die Teilnahme an politischen Versammlungen. Das von den Freisinnigen in der Kommission angenommene »liberale« Vereinsgesetz steht somit noch hinter dem preußischen zurück, das in der Reaktionsperiode dem Volke als »Verordnung« aufgezwungen wurde. Nach der Bestimmung des § 10a erhalten wir dann dieselben Zustände in ganz Deutschland, durch die Sachsen sich vor der ganzen Welt lächerlich gemacht hat. Und der Blockfreisinn schämt sich nicht, unter solchen Umständen sich noch liberal zu nennen.

Nicht weniger reaktionär ist der § 7, der Sprachenparagraf, der in der ersten Beratung abgelehnt wurde, nunmehr gestaltet. Der Gebrauch einer fremden Sprache in öffentlichen Versammlungen soll in den Bezirken mit »alteingesessener« fremdsprachiger Bevölkerung dann gestattet sein, wenn diese 60 Proz. der Gesamtbevölkerung ausmacht. Die rheinisch-westfälischen Großindustriellen, von denen diese Forderung ausgegangen sein soll, das Sprachenverbot zu erlassen, werden mit dieser Bestimmung sehr zufrieden sein. Nach wie vor werden sie Massen fremdsprachiger Arbeiter heranziehen und sie sind nunmehr davor geschützt, daß diese Arbeiter für die Organisationen gewonnen werden und gleiche Arbeitsbedingungen fordern, wie die eingewanderten deutschen Arbeiter. In diesem Wortlaut ist der § 7 direkt darauf zugeschnitten, die gewerkschaftliche Aufklärung der fremdsprachigen Streikbrecher und Lohndrücker zu verhindern.

Und das wagt der Freisinn den Arbeitern, welche den Hirsch-Dunckerschen Gewerksvereinen angehören und zum Liberalismus halten, zu bieten.

Abgesehen von einigen weniger bedeutungsvollen Verschlechterungen, die von der Kommissionsmehrheit an den Bestimmungen nach den Beschlüssen in erster Lesung vorgenommen sind, ist besonders noch zu erwähnen, daß auch für die Versammlungen unter freiem Himmel die Genehmigung unter allen Umständen einzuholen ist. Nach den Beschlüssen der ersten Lesung konnte die Genehmigung nur versagt werden, wenn durch eine solche Versammlung der öffentliche Verkehr gestört werden könnte. Jetzt soll die Genehmigung auch dann versagt werden können, wenn eine Gefahr für die öffentliche Sicherheit zu befürchten ist. Damit kommen wir zu Zuständen, wie sie in Preußen bestehen, d. h. jede Versammlung unter freiem Himmel kann nur stattfinden, wenn die Polizeibehörde es will. Der Freisinn hat nicht weniger über diesen rechtlosen Zustand geklagt, als die Sozialdemokratie. Nunmehr aber will er diese Polizeiwilktür für ganz Deutschland eingeführt haben.

Die Verhandlungen in der Kommission bei der zweiten Beratung waren insofern ein Hohn auf eine parlamentarische Beratung, als die Blockparteien ihre Anträge gemeinsam einbrachten und mochte der Widerspruch einzelner Bestimmungen auch noch so klar nachgewiesen werden, geschlossen stimmten dann Freisinnige, Nationalliberale, Konservative und

Antisemiten für die vereinbarten Anträge. War der Kuhhandel noch nicht weit genug gediehen, so wurde die Sitzung der Kommission verlagert, bis die schönen Seelen sich einig waren. Unter diesen Umständen verzichteten die Vertreter der Arbeiterklasse darauf, noch Anträge in der Kommission zu stellen, und erklärten, daß bei der zweiten Beratung im Plenum nochmals der Versuch gemacht werden wird, dem Gesetz eine annehmbare Fassung zu geben und es vom preußischen Polizeizeigt zu befreien.

Die zweite Beratung soll noch vor Ostern stattfinden. Der Freisinn hat es sehr eilig, diese sonderbare »liberale« Furcht der Blockpolitik zur völligen Reife zu bringen.

Der Arbeiterschaft bleibt somit nur eine kurze Spanne Zeit, um nochmals zu dem Gesetz, das jetzt noch reaktionärer ist als in der von der Regierung vorgelegten Fassung, Stellung zu nehmen. Wir richten an die Arbeiterschaft das dringende Ersuchen, allorts Versammlungen zu berufen und gegen eine solche Verpeßung und Versäuselung des Vereins- und Versammlungsrechtes Protest zu erheben. Besonders muß die Arbeiterschaft Süddeutschlands sich mit aller Energie gegen den Raub ihrer bisherigen Rechte wehren. Wir ersuchen die Versammlungsleiter, die Beschlüsse unverzüglich dem Reichstage und dem Abgeordneten des betreffenden Reichstagswahlkreises zu übermitteln. Vielleicht gelingt es dadurch, den Rest von Liberalismus bei einzelnen bürgerlichen Politikern zu wecken und die Freisinnigen und Demokraten, die nicht ganz zu Handlangern für die ostelbischen Junker werden wollen, zu veranlassen, gegen ein Gesetz zu stimmen, welches das natürliche Recht der Staatsbürger, sich zu vereinigen und zu versammeln, ohne von der Gnade der Polizeibehörde abhängig zu sein, auf das größtmögliche verletzt.

Die Arbeiterschaft muß noch in letzter Stunde den Versuch machen, durch energischen Protest das deutsche Volk vor einem solchen Reichsvereinsgesetz zu bewahren.

Die Bedeutung der Organisation.

Von Olav Kringsen.

(Aus dem Norwegischen.)

Wir verkaufen unsere Arbeitskraft wie eine Handelsware — die Produkte, über die haben wir keine Kontrolle. Wenn wir unsere Ware, die Arbeitskraft, nicht an den Mann bringen in den Augenblick, da wir sie ausbieten, ist sie unrettbar, ohne den geringsten Ersatz, verloren. Und wir alle zusammen drücken auf den Markt mit unserer Ware, so daß die, die am allerbilligsten verkaufen können, den Preis bestimmen und damit den Lebensstandard für alle die anderen nach oben abgrenzen. Der Markt wird zu einem Wettstreit, den der gewinnt, der am elendesten zu leben vermag.

Das Kapital verfügt über die Produkte. Es kann ruhig daliegen und warten, ohne den geringsten Schaden zu erleiden. Es kann unsere Arbeitskraft kaufen oder darauf verzichten und dasselbe Kapital kann am nächsten Morgen auf den Markt treten, ebenso jung und frisch wie vordem.

Unsere Arbeitskraft ist unauffösslich an unsere Person gebunden. Es ist also nicht gleichgültig für uns, wie unsere Arbeitskraft angewendet wird, zu reinlicher Arbeit, in einem hellen und gesunden Raum oder in einer Kloake.

Für den Kapitalisten ist es vollkommen gleichgültig, wo sein Kapital, das in den Produkten liegt, angewandt wird. Seine Aktien sind gleich gut, ob sie in einem Abfuhrgeschäft, in einer Guanofabrik oder im Diamanthandel angebracht sind. Der Champagner schmeckt ihm gerade so gut. Für ihn kommt es nur auf die Sicherheit an.

Das Kapital organisiert sich. Und beim Kauf der Arbeitskraft tritt es immer organisiert auf. Wir Menschen müssen uns in Organisationen zusammenschließen, wenn wir etwas ausrichten wollen. Denn wir müssen immer das Schlechteste, das geboten wird, entgegennehmen, sobald wir als einzelne auftreten. So sind die Verhältnisse, wenn wir keine Organisation haben.

Sobald wir unsere Organisation imstande haben, verhandeln wir gemeinsam mit dem organisierten Kapitalisten. Wir haben in unserer Organisation unsere Arbeitskraft asssekuriert und wir können Forderungen auf bestimmte Lohnbedingungen stellen, Forderungen stellen darauf, wie unsere persönliche Arbeitskraft angewendet werden soll, wie lang der Arbeitstag sein soll und nach und nach Forderungen, die sich auf alle die Bedingungen erstrecken, unter denen unsere Klasse leben soll.

Wenn wir die meisten in die Organisation gebracht haben, so daß die, die außerhalb stehen, keine Bedeutung mehr haben, können wir Bedingungen stellen, soweit die Produktion sie zu tragen vermag, und die Kapitalisten werden in den Hintergrund gedrängt. Das will sagen: wir können Herren werden.

Noch sind wir Sklaven, leider; darum, weil wir diese unsere Organisation nicht fertig haben. Aber wir sehen den Weg klar und deutlich bis ans Ziel. Nicht allein über die Verhältnisse der Arbeiter können wir bestimmen durch unsere Organisation, wir können auch die wirtschaftlichen Bedingungen für die ganze Gesellschaft regulieren und bestimmen

